

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlung- und Geschäftsanzeigen die 3 gelappten Kolonial-Beile 50 S. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Münststraße 5, 3. St. — Fernsprech-Anschluss 3002.

### Arbeit und Kapital.

#### II.

#### Funktionen des Kapitals.

Was ist Kapital? Die Beantwortung dieser Frage erscheint auf den ersten Blick sehr einfach. Die begriffliche Umschreibung ist hier aber noch viel schwieriger, als bei der Beantwortung der Frage: Was ist Arbeit? Ueber das Problem des Kapitals haben die Theoretiker eine umfassende Literatur erstehen lassen. Und die Wissenschaftler stehen sich dabei in ihren Ansichten diametral gegenüber. Während die bürgerlichen Nationalökonomien das Kapital zu den Produktionsmitteln rechnen, hat Karl Marx nachgewiesen, daß es in Wirklichkeit nur ein Ausbeutungsmittel ist. Wir wollen hier versuchen, über einen Umweg zum Ziele zu gelangen, dem Verständnis für das Wesen des Kapitals näher zu rücken.

In der bürgerlichen, namentlich in der Handelspresse liest man öfter die Bemerkung, in dieser oder in jener Industrie finde das Kapital lohnende Beschäftigung. — Das könnte man z. B., soweit es auf den „Lohn“ ankommt, in erster Reihe von der chemischen, dann aber auch von der Zement- und von der Lederindustrie sagen. — Oder man hört auch wohl, Kapital suche lohnende Beschäftigung. Auch findet man in der genannten Presse und in den ausgesprochenen Unternehmerorganen die Behauptung verbreitet, das Kapital sei das erste Produktionsmittel, ohne Kapital könne überhaupt nicht produziert werden; wenn das Kapital sich zurückziehe, sei der Gütererzeugung die Grundlage entzogen, das Kapital schaffe erst die Arbeitsmöglichkeiten, dem Kapital verdanke der Arbeiter Beschäftigung, Leben und Existenz. Solche Auslassungen könnten zu der Meinung verleiten, das Kapital sei ein sachliches Arbeitsmittel, wie z. B. die Arbeitskraft, die ja tatsächlich lohnende Beschäftigung sucht — und oft genug kaum findet. In Wirklichkeit ist das Kapital aber gar kein Arbeitsmittel; im eigentlichen Produktionsprozeß hat es gar keine Funktion, es ist nur ein Organisationsmittel in unserm Wirtschaftssystem. Als solches herrscht es allerdings, beherrscht die Produktion und macht sich die Arbeit tributpflichtig.

Unser Wirtschaftsorganismus ist ein sehr komplizierter Apparat. Es macht die meisten Arbeiter in gewissem Sinne zu Kosmopoliten. Fast ein jeder ist Produzent für den Weltmarkt. Das, was der einzelne in der Hauptsache selbst braucht, fabriziert er in den seltensten Fällen. Jeder arbeitet für einen Teil der Bedürfnisse Hunderter und Tausender anderer Menschen. Das bedingt einen Güteraustausch, der nicht auf direktem Wege erfolgen kann. Wenn 20 Schreiner einen Schrank gebaut haben, dann können sie ihn nicht gemeinschaftlich vielleicht gegen Fleisch beim Schlachter eintauschen. Erstens hat nicht jeder zu gleicher Zeit das Bedürfnis nach einer gleich großen Fleischmenge, dann aber auch würde es ungeheuer viel Zeit in Anspruch nehmen, durch solchen Tauschverkehr die hunderterlei Bedürfnisse zu bedenken, die der moderne Mensch ans Leben stellt, und eine irgendwie gerechte Verteilung der Güter ließe sich nicht erzielen. Die Verteilung kann nur auf dem Umwege durch ein Wertmaß geschehen. Dieses Wertmaß als Tauschmittel ist für den Arbeiter der im Gelde ausgedrückte Lohn, als sein Anteil am Arbeitsertrage. Das Geld ist eine Quittung für geleistete Arbeit. Für diese Quittung kann er die nach demselben Wertmaß abgeschätzte Arbeit anderer eintauschen — kaufen. Für den Arbeiter ist das Geld also Tausch- oder Konsumtionsmittel, kein Kapital. Kapital ist es für den, der es hergegeben hat und dafür einen Anteil vom Arbeitsertrage beansprucht. Ein Beispiel mag das näher illustrieren. Jemand will eine Fabrik erbauen, um irgend ein Gebrauchsgut, sagen wir Zement, zu produzieren. Da ist zunächst eine große Reihe Vorbereitungen erforderlich. Nennen wir den „jemand“ A. Dieser muß eine Fabrik erbauen lassen, dann Maschinen, Werkzeuge, Apparate, Rohmaterialien kaufen, dann erst kann er Arbeiter einstellen und Zement fabrizieren lassen. Alle diese Vorbereitungen verschlingen Geld. Die Erbauer der Fabrik wollen natürlich bezahlt werden; auch der Maschinlieferant und die Verkäufer der Rohmaterialien wollen Geld haben. Dafür, daß sie an A. die Güter lieferten, die dieser benötigte, verlangen sie bestimmte Summen Geldes als Tauschmittel. Dieses dient ihnen einmal dazu, selbst wieder Materialien zu kaufen, um weiter Maschinen bauen zu können, dann aber auch, um die von ihnen beschäftigten Arbeiter zu entlohnen, damit diese für die von ihnen geleistete Arbeit Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände eintauschen können. Und wenn A. nun mit der Gesamtfabrikation beginnt, muß er vorläufig immer noch Geld auslegen. Er er Zement verkaufen kann, vergehen vielleicht Monate. Solange können die Arbeiter natürlich nicht fasten. A. kann ihnen ihren Anteil am Arbeitsertrage auch nicht in Zement ausbezahlen. Damit können die Arbeiter ja so gut wie nichts anfangen. Mindestens alle 14 Tage müssen sie ihren Lohn erhalten,

ber es erlaubt, die zur Fristung ihrer Existenz notwendigen Einkäufe zu machen, Miete, Steuern usw. zu bezahlen. Da A. aber, als er mit dem Bau der Fabrik begann, selbst kein Geld hatte, mußte er es sich von B. borgen. B. macht das aber nicht umsonst, er verlangt dafür Zinsen, sagen wir 5 Prozent. Nehmen wir an, A. hat 500 000 M. von B. geborgt, dann muß er an diesen pro Jahr 25 000 M. an Zinsen zahlen. Um die Produktion kümmert sich B. nicht, er steckt nur Jahr für Jahr seine 25 000 M. Zinsen ein. Jemand, der Arbeit bei der Zementfabrikation leistet der Geldgeber nicht. Selbstverständlich bezahlt A. die 25 000 M. nicht selbst, er hat ja kein Geld; die Zinsen werden aus dem Ertrage der Arbeit gedeckt. A. schlägt sie auf den Verkaufspreis. Nehmen wir an, dem A. kostet eine gewisse Menge Zement unter Berücksichtigung aller Ausgaben 100 M. In diesen 100 M. sind die Löhne, die Unterhaltungskosten für Maschinen usw., Abschreibungen für Gebäude usw., auch der Betrag, den A. für seine eigene Arbeit anrechnet, Steuern und derartige Ausgaben enthalten. Nun verkauft A. die Menge aber nicht für 100 Mark, sondern für 110 M. Diese 10 M. stellen den Kapitalprofit dar. 5 M. davon muß A. an B. als Zinsen zahlen, die andern 5 M. steckt er selbst als Profit ein. Da A. 500 Mal im Jahre die in Betracht kommende Menge verkauft, beträgt der jährliche Profit 50 000 Mark, bei einem Anlagekapital von 500 000 M. A. braucht von dem Profit von 25 000 M. nichts für seinen Unterhalt abzugeben, er steckt die Summe in die Fabrik als Kapital. B. läßt sich nur 5000 M. auszahlen, 20 000 bleiben im Betriebe. Diese Summen dienen dazu, die Fabrik zu erweitern, größere Maschinen anzuschaffen, mehr zu produzieren. Natürlich muß auch das neue Kapital verzinst werden, anstatt 50 000 M. werden nun 54 500 M. Profit erzielt. Das Kapital heßt, es wird immer größer! So hat sich im Laufe der Entwicklung das Kapital die Herrschaft der Organisation in unserm Wirtschaftssystem angeeignet; es kontrolliert und reguliert nach seinen Profitbedürfnissen die Güterverteilung, es hat den Besitz an den Produktionsmitteln, wie Grund und Boden, Rohmaterialien, Fabriken, Verkehrsmittel usw., an sich gerissen und damit auch das Arbeitsmittel der menschlichen Arbeitskraft sich tributpflichtig gemacht. An jeder Produktion ist das Kapital beteiligt, von jedem Arbeitsertrage beansprucht es einen Teil. Nun verstehen wir auch, weshalb ohne Kapital nicht produziert werden kann. Das Kapital an sich ist vollständig unproduktiv. Auch in Verbindung mit den sachlichen Arbeitsmitteln, wie Grund und Boden, Maschinen, Rohmaterialien, kann es aus sich keine Gebrauchsgüter produzieren. Nur die Mutter Erde bringt auch ohne Mitwirkung der menschlichen Arbeitskraft Güter hervor, sonst aber ist ohne die zielbewusste Arbeit der Menschen irgendwelche Gütererzeugung undenkbar. Bei keinem Arbeitsprozeß, ganz gleich welcher Art, ist Kapital als Arbeitsmittel erforderlich. Aber das Kapital hat sich zum Beherrscher der Produktionsmittel gemacht. Die Arbeit kann den Grund und Boden nicht als Mittel zur Erlangung von Nahrungsmitteln benutzen, ohne dem Grundbesitzer Landpacht zu bezahlen. Die Pacht stellt einen Anteil am Arbeitslohn dar. Der Grundbesitzer, der das Unrecht auf die Pacht vielleicht davon herleiten kann, daß einer seiner Vorfahren durch Gewalt das Land sich angeeignet, leistet nichts für die menschliche Gesellschaft, er ist nur Schmarotzer. Ähnlich verhält es sich mit den anderen Produktionsmitteln. Wie Grund und Boden eigentlich allen gehört, so gehören ihnen auch die Naturschätze, wie Kohlen, Erze, Salz usw. Die aus der Grundrente ersparten Kapitalien dienen z. B. dazu, eine Brücke zu erbauen. Die dann aus der Erde geholten Naturschätze bilden dann wieder ein Objekt der Gewinnmacherei. Die Arbeiter, die das Bergwerk benutzen, um die Konsumenten mit den Rohmaterialien zu versorgen, erhalten nur einen Teil des Arbeitsertrags, der andere Teil fließt wieder dem Kapital zu. Die durch Raub zu einem Rechtsanspruch gewordene Grundrente wird das Mittel, auch die gewerbliche Arbeit dem Kapital arbeitspflichtig zu machen. Der Holzbestand in den Wäldern, die sich früher jemand angeeignet hat, dient nun dazu, den Besitzern Gewinne zuzuführen. Die Käufer von Holz, die es zu Gebrauchsgegenständen verarbeiten lassen, erzielen ebenfalls wieder Profit, indem sie nicht nur den Teil des Arbeitsertrags, den der Waldbesitzer beansprucht, sondern darüber hinaus auch noch einen Teil für das von ihnen in den Betrieb hineingeführte Kapital von dem Arbeitsertrage vorwegnehmen. Und so geht es weiter: ein Teil des Ertrags der Arbeit wird stets vom Kapital beschlagnahmt. Die Quelle des Kapitals ist Raub am Eigentum der Gesamtheit. Raub war der Anfang der Verärgereung der Produktionsmittel durch das Kapital in der Form des Privateigentums. Solange dies besteht, bleibt die Arbeit dem Kapital tributpflichtig. Der Anteil des Kapitals am Arbeitsertrage wächst mit der Steigerung der Produktion. Ueber diese Tatsache können keine Schönebergereien von der Tugend des Sparens und dieser Quelle des Reichtums

hinwegtäuschen. Nicht durch Sparen kann die Menschheit vom Fluch des Kapitalismus befreit werden, dazu sind andere Mittel erforderlich. Ueber diese unterhalten wir uns später.

### Die allgemeinen Arbeiterverbände Großbritanniens im 3. Quartal 1909.

Die drei bedeutendsten Hilfsarbeiterverbände, welche in Großbritannien bestehen, gaben jüngst ihre Berichte für das Jahr 1909 heraus. Die National Union of Gas Workers and General Labourers (Nationaler Verband der Gasarbeiter und allgemeinen Hilfsarbeiter), welche am Jahresanfang 32 317 Mitglieder zählte, veröffentlicht allerdings keinen eigentlichen Jahresbericht, sondern nur einen Rechnungsabschluss, aus dem hervorgeht, daß die Einnahmen 19 183 Pfund Sterling (zu je 20 M. im Wert) und die Ausgaben 19 756 Pfund Sterling betragen. Der Vermögensbestand ging von 4379 Pfund Sterling auf 3806 Pfund Sterling zurück; von dieser Summe entfielen auf die Hauptkasse 667 Pfund Sterling, auf die Bezirkskassen 3106 Pfund Sterling und auf die Ortskassen 33 Pfund Sterling. Die Einnahmen stammten selbstredend zum größten Teil aus regelmäßigen Beiträgen der Mitglieder, die 17 380 Pfund Sterling ausmachten. Beitrittsgebühren ergaben 459 Pfund Sterling, aus dem Verkauf von Statuen, Karten und Berichten wurden 221 Pfund Sterling eingenommen, an Vermögenszinsen 55 Pfund Sterling, an Miete 116 Pfund Sterling usw. Ausgegeben wurden für Erwerbsunfähigenunterstützung 1100 Pfund Sterling, für Rechtschutz 595 Pfund Sterling, für Streik-, Ausprägungs- und Gemäßregelungenunterstützung 2923 Pfund Sterling, für Gehälter 5983 Pfund Sterling, für Miete, Steuern usw. 1613 Pfund Sterling, für Druckarbeiten und Schreibmaterial 987 Pfund Sterling, für Post, Telegramme usw. 612 Pfund Sterling, für Delegationen 663 Pfund Sterling, für Reisepesen 1298 Pfund Sterling, für Kongresse, Konferenzen und Versammlungen des Exekutivauschusses 566 Pfund Sterling, für Beiträge an den Allgemeinen Verband der Gewerkschaften 984 Pfund Sterling, für Beiträge an die Arbeiterpartei, Bezahlung der Parlamentsabgeordneten W. Thorne, J. R. Clynes, P. Curran und für sonstige politische Zwecke 1120 Pfund Sterling. P. Curran, der zugleich Vorsitzender des Allgemeinen Verbandes der Gewerkschaften war, ist leider viel zu früh vom Tode abberufen worden.

Es soll hier gleich bemerkt werden, daß Ende Dezember 1909 die Lordrichter eine für die politische Arbeiterbewegung Großbritanniens weittragende Entscheidung fällten. Sie bestätigten nämlich ein Urteil des Appellationsgerichts, demzufolge es ungesetzlich ist, Gelder einer Gewerkschaft zur Bezahlung von Abgeordneten zu verwenden, die für eine bestimmte Partei verpflichtet sind. Den Gewerkschaftsfunktionären ist es verboten, für solche Zwecke Beiträge einzufordern oder Aufwendungen zu machen. Ein Teil der Lordrichter sprach sich dahin aus, daß die politische Arbeitervertretung im Gewerkschaftsgesetz nicht als einer der Zwecke der Gewerkschaften angegeben sei und deshalb nicht unterstützt werden dürfe; die andern erklärten, daß es nicht im Einklang mit dem gewöhnlichen Rechte sei, wenn eine Vereinigung ihre Mitglieder zur Beitragsleistung für Abgeordnete zwingt, die gebunden sind, nach den Weisungen einer Körperschaft oder einer Person abzustimmen. Mithin ist von nun an die Arbeiterpartei auf Beiträge einzelner Personen angewiesen, während sie bisher von den Beiträgen der angeschlossenen Gewerkschaften erhalten wurde. Hinzuzufügen ist, daß die britischen Abgeordneten keine Sitzungsgelder bekommen. Um den durch die eben erwähnte Entscheidung geschaffenen Zustand wieder zu beseitigen, wird eine abermalige Aenderung des Gewerkschaftsgesetzes geplant.

Die National Amalgamated Union of Labour (Nationaler vereinigter Arbeiterverband) zu Newcastle am Tyne stieg von 16 543 Mitgliedern im Dezember 1908 auf 16 657 im Dezember 1909; zu e i Jahre vorher, Ende 1907, hatte die Mitgliederzahl 22 411 betragen. Der Rückgang war eine Folge der äußerst ungünstigen Wirtschaftslage und der damit verbundenen großen Arbeitslosigkeit. Werden die Einnahmen an Beiträgen in jedem Jahr auf voll zahlende Mitglieder aufgeteilt (52 Wochenbeiträge zu je 3/4 Pence oder 30 Pf. auf ein Mitglied), so ergibt sich für 1907 ein Stand von 18 904, 1908 von 15 357 und 1909 von 13 788 Mitgliedern. Die Zahl der Beitragspräsidenten war besonders 1907 und 1909 groß. Die Zahl der Ortsvereine nahm von 200 1907 auf 187 1908 und 171 1909 ab. Im Bezirk Sheffield befanden sich 61 Ortsvereine, im Bezirk Shields und Wear 18, im Bezirk Merion 16, in den Bezirken Newcastle und Mid-Tyne je 15, im Bezirk Gateshead 11 usw. Die Jahreseinnahmen machten 1909 12 152 Pfund Sterling aus, die Jahresausgaben 11 514 Pfund Sterling, das Vermögen stieg von 2690 Pfund Sterling auf

3328 Pfund Sterling. Mitgliederbeiträge ergaben 10 414 Pfund Sterling, Aufnahmegebühren 386 Pfund Sterling, Beiträge für den Allgemeinen Verband der Gewerkschaften und die Arbeiterpartei 772 Pfund Sterling usw. Von dem Ausgaben kamen auf Ablebensunterstützung 908 Pfund Sterling, Unfallunterstützung 1948 Pfund Sterling, Streikunterstützung 655 Pfund Sterling, Aussperrungsunterstützung 18 Pfund Sterling, Gemahregeltenunterstützung 52 Pfund Sterling, Gehälter und Entschädigungen 3099 Pfund Sterling, Porti und Druckkosten 553 Pfund Sterling, Mietsen der Ortsvereine 366 Pfund Sterling, Gerichtskosten 487 Pfund Sterling, Beiträge an den Allgemeinen Verband der Gewerkschaften 490 Pfund Sterling usw.

Für Streit- und Aussperrungsunterstützung wurde 1909 viel weniger aufgewendet als in den Vorjahren; was aus den nachstehenden Zahlen deutlich hervorgeht:

Jahr	Ausgaben für			
	Streikunterstützung		Aussperrungsunterstützung	
	überhaupt (Pfd. St.)	auf ein Mitglied (Schill.)	überhaupt (Pfd. St.)	auf ein Mitglied (Schill.)
1905	1908	1,25	1138	1,25
1906	1948	2,25	2024	2,13
1907	519	0,50	1174	1,18
1908	912	1,00	5288	5,50
1909	655	0,75	18	—

Die Gemahregeltenunterstützung erforderte in keinem Jahre hohe Beträge.

Die Kosten der Unfallunterstützung stiegen von 1905 bis 1907, seitdem gingen sie überhaupt und im Verhältnis zurück. Das Erfordernis der Ablebensunterstützung blieb auf ungefähr gleicher Höhe. Für diese beiden Unterstützungen wurde von 1905 bis 1909 ausgegeben:

Jahr	Unfallunterstützung		Ablebensunterstützung	
	überhaupt (Pfd. St.)	auf ein Mitglied (Schill.)	überhaupt (Pfd. St.)	auf ein Mitglied (Schill.)
	1905	1921	2,25	954
1906	2615	2,75	1075	1,13
1907	3181	3,09	1066	1,00
1908	2769	2,75	973	1,00
1909	1948	2,33	909	1,13

Im Jahre 1909 waren 10 367 Mitglieder dieses Verbandes an 263 gewerblichen Streittätigkeiten aller Art beteiligt. Die überwiegende Majorität der Streittätigkeiten, und zwar 195, wurde durch Verhandlung der Parteien beigelegt, zu welchem Zwecke 431 Besuche der Verbandsbeamten bei Unternehmern gemacht wurden. Durch Lohnreduzierungen oder Abwehr von Lohnreduzierungen gewannen die Mitglieder einen wöchentlichen Lohnbeitrag von 281 Pfund Sterling (jährlich 14 700 Pfund Sterling oder 300 000 Mk.). Arbeitszeitverlängerungen wurden nur im Distrikt Sheffield durchgesetzt und machten wöchentlich 375 Stunden aus. Die Summe des von der Gewerkschaft eingetriebenen schuldigen Arbeitslohnes war 78 Pfund Sterling, die Summe der Unfallentschädigung, die Mitgliedern des Verbandes gezahlt wurde, machte 4882 Pfund Sterling aus.

Die Amalgamated Society of Gasworkers, Brickmakers and General Labourers (Vereinigte Gesellschaft der Gasarbeiter, Ziegelmacher und allgemeinen Arbeiter) nahm von 4079 Mitgliedern Ende 1907 auf 3792 Mitglieder Ende 1908 und 3400 Mitglieder Ende 1909 ab; die Zahl dieses Jahres ist die Mitgliederzahl wieder auf 3508 gestiegen. Die Zahl der Ortsvereine ist 38. Von den Einnahmen in der Höhe von 2259 Pfund Sterling waren auf Beiträge 44 Pfund Sterling, Beiträge 2048 Pfund Sterling, Vermögensgewinn 145 Pfund Sterling, Sonstiges 26 Pfund Sterling. Die Jahresausgaben beliefen sich auf 2241 Pfund Sterling. Sie waren also fast genau so hoch wie die Einnahmen und verteilten sich folgendermaßen: Gemahregeltenunterstützung 12 Pfund Sterling, Arbeitslohnunterstützung 168 Pfund Sterling, Beiträge an andere Gewerkschaften 192 Pfund Sterling, Ablebensunterstützung 184 Pfund Sterling, Unfallunterstützung 573 Pfund Sterling, Gehälter 448 Pfund Sterling, Mietsen 86 Pfund Sterling, Porti, Druckkosten usw. 182 Pfund Sterling, Gerichtslohn 16 Pfund Sterling, andere Verwaltungslohn 288 Pfund Sterling. Ende Dezember 1909 war ein Vermögensbestand von 7142 Pfund Sterling vorhanden.

Alle drei Verbände sind in Gemeinschaft mit dem General-Verband angezogen.

Der Vorstand des General-Verbandes lautet:

National Union of Gasworkers and General Labourers: W. Thomas, M. P., 172, Pentonville Road, King's Cross, London N.

National Amalgamated Union of Labour: J. N. Bell, J. P., 4, Higham Place, Newcastle-on-Tyne.

Amalgamated Society of Gasworkers, Brickmakers and General Labourers: H. Simpson, 34, Ruskin Buildings, Corporation Street, Birmingham.

Im letzten Jahre hat die Mitgliedschaftsdifferenz wieder zugenommen, als im Jahre 1908 und 1909 waren. Man kann erwarten, daß die Mitgliedschaft der britischen Gewerkschaften, und namentlich der allgemeinen Arbeiterverbände, nun wieder zunehmen wird, und daß die Summe der Ausgaben...

### Arbeiter-Dreieinigkeif.

Das Gute bricht sich Bahn! Mit diesen Worten der Friedigung hunderttausende und abertausende Arbeiter auf den Straßen, in den Fabriken, in den Schulen, in den Kirchen, in den öffentlichen Versammlungen, zu denen sie sich als Mitglieder der Partei, der Gewerkschaft und der Genossenschaft, Symbolisch die beiden ersten als der Kampf, letztere als des Friedens, Wahrscheit im Kampf und des Friedens, schließend sich aber das Proletariat erhebend. Es gibt nur eine politische Partei — die Sozialdemokratie — die gegen jede Volksherrschaft und Unterdrückung kämpft, die die Arbeiter der Sozialdemokratischen Bewegung, mehr Schutz für Leben und Gesundheit der Arbeiter mit aller Entschiedenheit fordert; nur eine Partei, die das System der indirekten Steuern, der Steuern, die aus dem Einkommen kommen und nicht, wie es eigentlich sein sollte, aus dem Mehrwert geschöpft werden, bekämpft. Das wenige Gute für die Arbeiter, das bis jetzt in den gesetzgebenden Körperschaften geschaffen wurde, ist geschaffen auf fortwährendes Drängen der Vertreter der Sozialdemokratischen Partei. Es sei hier an den grundlegenden Erfolg im neuen Parlament erinnert. Hier ist doch wenigstens mit der Festlegung von Mindestarbeitslöhnen der Anfang gemacht. Wieviel Tausende Arbeiter werden gerade hierin einen nicht zu unterschätzenden Vorteil in ihrer zukünftigen Entlohnung haben. Und wäre das Zentrum, insonderheit die Vertreter derselben, die zum größten Teil ihr Mandat katholischen Arbeitern verdanken, nicht so rückgratlos gewesen, noch weit mehr wäre erreicht.

Fast noch größer, wenn auch weniger umfangreich, sind die Vorteile, die die Genossenschaftsbewegung den Arbeitern bringt. Und doch stehen sehr viele Gewerkschaften den Genossenschaften noch feindselig gegenüber. Interessante Ausführungen in dieser Richtung hat Dr. Aug. Müller auf dem Verbandstage mitteldeutscher Konsumvereine in Bernburg gemacht. Er legt das Jahr 1908 zugrunde, in dem laut Statistik 672 540 Arbeiter Mitglieder des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine waren. Die Mitgliederzahl der der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angeschlossenen Verbände betrug 1 800 000. 600 000 seien auszuscheiden, weil unbeschäftigt (dieses natürlich nur schätzungsweise), bleiben also rund 1 200 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, welche für die Genossenschaft in Frage kommen. Wo noch einmal, wie überhaupt Arbeiter Mitglieder der Genossenschaften des Zentralverbandes sind, sind nun aber viele, welche keiner Gewerkschaft angehören; es sind vielleicht nur 300 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, welche gleichzeitig Mitglieder der Genossenschaften sind. Das ist übrigens eine Annahme, die ihre Bestätigung finden dürfte durch die Aufnahme an einzelnen Orten über die Zugehörigkeit der Gewerkschaftler zu den Genossenschaften. Es ist eine bedauerliche Tatsache, daß auch ein großer Teil unter Kollegen der Genossenschaft noch fern steht; ihr die so gewaltiges leisten und noch mehr leisten wird.

Die „rechten Pioniere von Rochdale“, wie sie von ihren Landsleuten genannt werden, haben in England im Jahre 1844 die Genossenschaftsbewegung ins Leben gerufen. Die Wäber sind verrückt geworden“, lautete der Spott der Krainer. Und heute — jene gewaltige Bewegung. In England bestehen heute 1600 Genossenschaften mit 2 1/2 Millionen Mitgliedern, welche 2120 Millionen Jahresumsatz haben und jährlich 200 Millionen Markt Rückvergütung an die Mitglieder zahlen. In England können heute schon die Konsumgenossenschaftler das stolze Wort prägen: „Für uns gibt es keine Trübe und Plage.“ In Deutschland bestehen 2150 Konsumvereine mit 1 250 000 Mitgliedern, die einen jährlichen Umsatz von 330 Millionen Mark haben. Der jährlich an die Mitglieder der deutschen Konsumvereine verteilte Reingewinn beträgt 28 Millionen Mark. Die erst vor 15 Jahren errichtete Großhandels-Gesellschaft hat schon jetzt einen Jahresumsatz von sechs 65 Millionen Mark. Sie beginnt nun mit der Eigenproduktion. Der Anfang ist mit der jetzt in Betrieb genommenen Seifenfabrik in Gröbba bei Nejsa gemacht worden.

So zeigt die deutsche Arbeitererschaft, daß sie sich auch der Genossenschaften in ihrem Kampfe um ein besseres Dasein energisch und zielstrebig bedienen wird. Schon jetzt läßt sich erkennen, daß die Zukunft gerade der Genossenschaftsbewegung eine wichtige Rolle im Kampfe zuteilen wird. Deshalb muß auch unter unsern Kollegen mit aller Energie darauf hingearbeitet werden, daß es zum allgemeinen Grundgesetz wird: Jeder Konsumist, jeder Verbraucher muß Mitglied eines Konsumvereins werden; jede Hausfrau muß ihren ganzen Bedarf an Waren in dem Laden eines Konsumvereins decken.

Wie der Mann verpflichtet ist, für den Lebensunterhalt seiner Familie zu sorgen, so muß auch die Frau moralisch verpflichtet, für Fortschritt der Familie mit den oft sauer verdienten Groschen des Ehemannes so sparsam wie möglich zu wirtschaften. Das kann sie aber nur, wenn die Familie Mitglied eines Konsumvereins ist. Die Konsumvereine sind in der Lage, das laufende Fortschritt vor Uebervorteilung zu schützen; geben sie doch die Waren infolge gemeinsamen großen Einkaufs zu den billigsten Tagespreisen ab. Die Konsumgenossenschaftsbewegung ist einer der wichtigsten Faktoren in dem Aufwärtstreben der Menschheit zu einer schöneren, reicheren und herrlicheren Kulturstufe. Und sind es nicht ebenfalls die Genossenschaften, welche den Bestrebungen der Gewerkschaften entgegenkommen? Vor allen Dingen anerkennen sie die Forderung einer Verkürzung der Arbeitszeit; sie wissen, daß die Intensität der Arbeit mit der Verkürzung der Arbeitszeit wächst. Und wie wohlthuend wird es von manchem Genossenschaftler empfunden, wenn er als Opfer brutaler Aussperrung von seinem eigenen Geschäft durch unangenehme Verhältnisse von Brot unterstellt wird.

Partei, Demokratie und Genossenschaft — das sei die Lösung. Hier liegt unsere Stärke. Dem gilt unser Hoffen.

Paul Schneider, Dresden.

### Zum Verbandstag.

Ich bin für Erhöhung der Beiträge nicht zu haben, weil auf dem rechten Lande der jetzige Beitrag hoch genug ist. In unserer Gegend werden Löhne von 22—27 Pf. pro Stunde gezahlt; befürderte in Schamotte, Dachstein, Pappen- und Papierfabriken. Es wird wohl einleuchten, daß diese Leute sich mit der paar Pfennigen kaum über Wasser halten können. Den Leuten fällt es schwerer, als denen, die 2400 Mk. Gehalt haben. Auf dem Verbandstag in München ist der freiwillige Beitrag von 50 Pf. angenommen worden. Meine Ansicht nach haben sich damit schon die meisten Kollegen für Erhöhung erklärt. Bei den Unterstützungsfähigen muß der § 9, Absatz 2, so geändert werden, daß die Lebensfähige Karenzzeit in Ziegeln kommt. Bei reisenden Kollegen habe ich noch nicht gefunden, daß diese eine Lebensfähige Karenzzeit durchmachen müssen; warum soll man gerade ein erwerbsfähiger oder kranker Familienvater die Zeit durchmachen? Ein Kollege schreibt, daß bei Krankheit niedrigere Unterstützung gezahlt werden soll, als bei Arbeitslosigkeit. Wenn aber ein Mensch krank ist, so bedarf er besserer Behandlung und Unterstützung; wo soll aber dies herkommen, wenn der Patient von seiner Krankenkasse 6 Mk. Unterstützung bekommt? Aber die Mitglieder aus der großen Stadt kennen die Lage der armen Landsleute nicht. Wenn geschrieben wird, unsern Krankenschatz muß mehr Geld zugeführt werden, so schlage ich vor, einen Ortsbeitrag von 10 Pf. pro Mitglied und Monat zu fordern.

Richard Sell, Kolditz.

Ein Punkt, der nicht außer acht gelassen werden darf, ist die Krankenkassenfrage. In München wurde die Resolution der Kommission über die Berücksichtigung der Krankheiten im Umfang von 15 Millionen angenommen. In dieser Beziehung aber ist es bei der Beschäftigung garagen worden? Das ist sehr vielen nicht. Die Gründe, welche von den Krankheitsleistungen selbst und auch von der Krankheitskasse aus geltend gemacht werden, sind nicht nur von technischer, sondern oft auch persönlicher Natur. Es ist ein unüberwindliches Hindernis, wenn sich Krankheitsleistungen als ein einseitiges Verhältniß darstellen, nicht durchzusetzen wollen, wenn sie sich als offene Gegner der weiteren Aktionsfähigkeit unserer Organisation betonen: durch ihren Spott und die Schamhaftigkeit mit Ausbreitung

des Verbandes wesentlich hemmen. Nun hat sich der Hauptvorstand in dieser Frage während der wirtschaftlichen Krise recht passiv verhalten, aus rein taktischen Gründen. Jetzt hat sich aber das Bild verändert. Die Krise ist im Offeneren, die Wogen des gewerkschaftlichen Kampfes schlagen höher Wellen. Jetzt ist die Situation günstig, dem Vorschlag in der Krankenkassenfrage auch Geltung zu verschaffen. Der Verbandstag als oberste Instanz muß hier geeignete Mittel und Wege schaffen. Er muß durch Schaffung von geeignetem Material, durch belehrende Vorträge und Flugblätter, durch Bildung von Aufklärungskommissionen in den einzelnen Bezirken, sowie durch Fassung einer verschärften Resolution betreiben, daß das Gesamtinteresse der Organisation höher steht, als das einzelner Personen. Eng, und diese Frage zusammen hängt auch die zeitliche Scheidung der Mitglieder. Heute, die nicht zu uns gehören, sondern nur wegen der niedrigen Beiträge oder der Unterstützung haben bei uns organisiert sind, müssen heraus. Im § 9 unseres Statuts ist klipp und klar enthalten, wer berechtigt ist, bei uns Mitglied zu sein. Jetzt muß doch die gegenwärtige Konsumvereinsunterstützung, daß hier von den einzelnen Bezirken viel gebündelt wird. Wie wäre es sonst möglich, daß wir mit Tausenden von Mitgliedern in diesen Kampf verwickelt sind? Durch die Beteiligung an dieser Bewegung schwächen wir unsere eigene Macht. Wenn der Zeitpunkt, Erfolge zu feiern, in einem unzureichendem Maße gänzlich ist, wir aber durch solche Bewegungen, die uns erhebliche Mittel verfrachten, gehindert sind, so haben uns das ungemünzt. Es ist ein paar tausend Mitglieder weniger zu mühen, als durch allzu große Mitgliederzahl unsere ganze Stabilität bei Lohnbewegungen lahmzulegen. Auch hier ist dem diesjährigen Verbandstage ein wichtiges Tätigkeitsfeld eröffnet. Er muß Maßnahmen schaffen in Form von Mitgliederzeitschriften der Betriebe, zur schärferen Kontrolle der Mitglieder wie der Bezirksvereine selbst.

Paul Herwig, Guben.

„Eine Finanzreform“ wollen alle. Nur über das „Wie“ gehen die Meinungen auseinander und hier haben sich vollständig zwei Richtungen gebildet, deren Grenzen ziemlich scharf hervortreten. Auf der einen Seite Großstädter oder Verbandsbeamte von größeren Bezirken, auf der andern Seite Kleinstädter oder Kollegen, die neben ihrer Arbeit sich mit der Agitation für unsere Verbände befassen. Beide Richtungen wollen gewiß das Beste für die Mitglieder und für die Organisation. Ich bin nun der Meinung, hier muß der Verbandstag suchen, beiden Teilen gerecht zu werden, indem er eine vernünftige Staffelung der Beiträge zur Durchführung bringt. Denn zweifellos sind die Gründe, welche hier von den Kollegen für den Staffelpflicht angeführt werden, ohne weiteres stichhaltig und meiner Ansicht nach auch wert, daß sie von der Leitung unseres Verbandes Beachtung finden. Die Lohn- und Lebensbedingungen sind eben so grundverschieden in unseren großen Vaterlande und in dem vielen Arten von Betrieben und Branchen, wo unsere Organisation zuständig ist, daß eine Staffelung der Beiträge nicht mehr zu umgehen ist.

Die Kollegen in den größeren Städten drängen mit Recht darauf, daß die Organisation weiterzweist und Mittel für den Kampf zur Verfügung stellt. In den kleineren Städten und auf dem flachen Lande mit seinen niedrigen Lohnverhältnissen dagegen hat die Organisation ständig darauf zu achten, daß die jetzt schon schwachen Erfolge der Agitation nicht noch mehr gehemmt werden. Hier dürfen die Beiträge auf keinen Fall erhöht werden. Hier ist die Gewinnung neuer Mitglieder und das Eindringen der Organisation in bisher noch unberührte Berufe und Branchen die Hauptsache. Und dies kann naturgemäß mit hohen Beiträgen nicht zu geschähen. Denn wie die gewerkschaftliche Organisation vor 15—20 Jahren etwas Neues auch in den größeren Städten war, genau so gibt es heute noch Gegenden in unserem lieben Vaterlande, wo die gewerkschaftliche Organisation fast ausschließlich noch etwas Neues ist. Auch in den größeren Orten hat man erst mit niedrigeren Beiträgen angefangen, nur nach und nach konnten dann die Beiträge erhöht werden. Und so sind unsere Gewerkschaften zu einer Macht geworden, mit der das Unternehmertum ernstlich rechnen muß. Was für die größeren Orte von Nutzen ist, ist für das flache Land ein Fehler und umgekehrt. Denn wenn in der größeren Orten ein Kampf ausbricht, so können naturgemäß dann Arbeitskollegen aus den rückständigen Gegenden als billige, willige Ersatzkräfte. Und das geschieht unermüdet (die Organisation hatte nach dort hin ihre Führer noch nicht ausgesendet); die betr. Kollegen haben keine Ahnung von der Schändlichkeit ihrer Tat in einem solchen Falle.

Darum muß unser nächster Verbandstag Mittel und Wege finden, damit die Organisation an alle Arbeitskollegen, auch an die, welche am wenigsten verdienen, heranreichen kann.

E. Marx in a n r, Koblau (Anhalt).

Meines Erachtens sollte für männliche Mitglieder der niedrigste Beitrag nicht höher als 40 Pf. sein. Unsere Statistik von 1907 weist von 73 000 Kollegen rund 17 000 Kollegen auf, die weniger als 18 Mk. pro Woche verdienen. Wiederholt ist mir in letzter Zeit bei der Hausagitation in ländlicher Gegend gesagt worden: Woher soll ein Familienvater den Verbandsbeitrag von 12 Mk. Monatslohn nehmen? Woher sollen wir's bei 40 Pf. Wohl aber könnte ein höherer Beitrag (30 Pf. wöchentlich) angereicht werden; ebenfalls freiwillig leistbar. Das könnten die Saisonarbeiter bezahlen, für die die Gefahr der Arbeitslosigkeit eine größere ist. Die Unterstützungsfähigen für den höheren Beitrag auch höhere sein. Zur übrigen erinnere ich an die vom außerordentlichen (lebenden) Gewerkschaftskongress angenommenen Beschlüsse, wonach die Gewerkschaften die Beiträge um den Betrag erhöhen, welcher den Arbeitern durch die Halbierung der Krankenkassenbeiträge erspart bliebe, wenn die Verteilung in den Krankenkassen auch halbiert wird. Für unsere Kollegen kann unter Beibehaltung des jetzigen Beitrags von 20 Pf. noch ein 30-Pf.-Beitrag geschaffen werden. Den weiblichen Mitgliedern stand es bisher frei, 40-Pf.-Marken zu geben, doch glaube ich, daß von diesem Recht wenig Gebrauch gemacht worden ist. Im allgemeinen hat wohl unsere Hauptkraft trotz höherer Ausgabe für Erwerbslosenunterstützung gut abgefunden. Durch vermehrte Arbeitslosigkeit wird sich die Unterstützungssumme an Arbeitslose reduzieren und wird dadurch unter Streiklöhnen vergrößert. In guten Zeiten sind die Streiks leichter und kürzer. Nach ein Wort zu den Unterstützungsfähigen. Weil jeder Arbeiter in der Krankenkasse sein muß, sich viele oftmals auch anderweitig gegen Krankheit versichert haben, so könnte für männliche Mitglieder die Krankenkassenunterstützung um den dritten Teil gekürzt, dafür aber die Erwerbslosenunterstützung um denselben Betrag erhöht werden, wogegen der Beitrag wie bisher bleiben dürfte. Aus all den in letzter Zeit an dieser Stelle ergangenen Anregungen mögen die Verbandstagsdelegierten das Richtige finden.

R. Jenker, Bamens.

Wenn wir in Nr. 20 des „Proletariats“ unsere Einnahme und Ausgabe verglichen, so muß jeder Kollege, der es ehrlich mit der Organisation meint, zu der Überzeugung kommen, daß unsere Einnahmen gesteigert werden müssen. So schon die Unterstützungserhöhung ist und so gut sie sich in den Jahren der Krise bewährt hat, so ist meines Erachtens die Summe, die hierfür aufgewandt wird, zu hoch. Ueber eine Million Mark wurde im letzten Jahre für Erwerbslosenunterstützung ausgegeben — was bleibt da noch für Unterhaltung der 50-Pf.-Kasse für zu hoch. Für diese Klasse wäre meines Erachtens 30 Pf. Beitrag als Höchstbetrag festzusetzen. Dies weiteren müssen Maßnahmen getroffen werden, die verhindern, daß Mitglieder jedes Jahr ihre volle Unterstützung aus der Organisation herausholen. Es gibt Mitglieder, die 20 mal mehr aus der Organisation herausnehmen, als sie an Beiträgen leisten haben. Es wäre vielleicht angebracht, im Statut festzusetzen, daß mehrere Jahre hintereinander seine Unterstützung voll herausgeholt, wieder mit der niedrigsten Klasse anzufangen hätte.

Zum Beitragserhöhung! Fast alle Kollegen, die das Wort im „Proletariat“ genommen haben, sind für Erhöhung des Beitrags.





## Aus der chemischen Industrie.

### Der chemische Arbeiter und das preussische Einkommensteuergesetz.

Unerbittlich fordert der Vater Staat seinen Tribut von den Arbeitern. Jeder Pfennig Einkommen des Arbeiters ist ihm dank unserer Gesetzgebung genau bekannt und die Arbeiterkraft darf sich wohl rühmen, daß in ihren Reizen keiner sich befindet, der als Steuerbefreiung bezeichnet werden kann. Im Gegenteil, es gibt noch viele Arbeiter, die nach dem Gesetze zuviel Steuer bezahlen, indem sie zu hoch veranlagt sind, die Kinder nicht angerechnet oder das Abzugsfähige nicht abgezogen haben.

Zu den letzteren gehören insbesondere die chemischen Arbeiter. Ueberall bringt es die Arbeit mit sich, daß ihre Kleidung rascher unbrauchbar wird. So ist es z. B. bei einem Arbeiter in der Säurefabrikation: Schwefelsäure, Salpetersäure, Salzsäure usw., nicht möglich, eine leinere oder ähnliche Art Kleidung zu arbeiten, wenn er nicht alle drei Tage neue Kleidung sich besorgen kann. Dasselbe gilt bei den Arbeitern in der Alkalifabrikation: Soda, Natrium usw., mit vollkommener Kleidung in umgekehrter Beziehung. Um nun neben dem großen Schaden an der Gesundheit nicht noch übermäßige finanzielle Opfer bringen zu müssen, leiden sich die Arbeiter bereits dementsprechend. Aber wie groß wird dadurch das Arbeiterbudget in der chemischen Industrie mit Neuanfassungen für Kleidung belastet? Kostet doch ein volles Kleid für Säurearbeiter schon 8 Mk., und ein Tropfen Salpetersäure von über 36° Be. genügt, um sofort ein Loch durchzujessen. So liegen die Verhältnisse nun in der gesamten chemischen Industrie: über 100 Mk. jährlich an Mehrausgabe für Kleidung haben die Arbeiter zu tragen. Diese Mehrausgabe für Kleidung muß als Grund zur Reklamation benutzt werden. Bereits haben andere Kreise mit Hilfe des § 8 des Einkommensteuergesetzes es erndigt, die Mehrausgabe für Kleidung von ihrem Einkommen in Abzug bringen zu können, so zum Beispiel die Küster für den schwarzen Anzug und weiße Wäsche, die thüringischen Kammermüller und andre mehr. Sie alle können laut Entschreibungen diese Ausgaben vom zu versteuernden Einkommen absetzen. Es wäre deshalb wohl recht und billig, daß auch der chemische Arbeiter seine Mehrausgabe für Kleidung in Anrechnung bringt. Sollten hierüber noch keine Entschreibungen vorliegen, so müssen solche herbeigeführt werden. Wir wollen keine Steuerbefreiungen sein, wie nach Professor Delbrück es viele Kaufleute sein sollen; aber wir wollen als Staatsbürger dritter Klasse auch keinen Pfennig mehr Steuern zahlen, als unser wirkliches Einkommen beträgt.

### Die Verhüllung des Sodaprofits.

Die Deutschen Solowwerke, Akt.-Ges., in Bernburg (Anhalt) haben bekanntlich die Sodaproduktion für Deutschland und halb Europa durch ihre Bernburger Zentrale, sowie zahlreiche Zweigfabriken fast ganz in ihre Hand gebracht. Ihr Profit muß so ungeheuerlich groß sein, daß sie ihn schamhaft verhehlen. Selbst ein bürgerlich-kapitalistisches Blatt wie die „Frankf. Ztg.“ kann sich nicht enthalten, zum neuesten Geschäftsbericht der Solowwerke zu sagen: „In der nunmehr vorliegenden Bilanz für 1909 beschränkt sich die Gesellschaft darauf, wieder in der alten Weise die einzelnen Bilanzposten in unübersichtlicher Weise zusammenzuziehen. Sie sieht sogar diesmal davon ab, die Höhe der Dividende (in den Vorjahren je 10 Prozent) bekannt zu geben. Dem Posten „Gemeinnahme nach Abzug aller Generalverlusten der verschiedenen Werke und der Abschreibungen“ von 8 218 708 Mk. (i. V. 7 531 293 Mk.) stehen die Generalverluste der Zentrale mit 989 449 Mk. (994 886 Mk.) und 227 611 (0) Mk. Hinsen gegenüber. Der Reingewinn erreichte sich auf 7 001 648 Mk. (6 536 407 Mk.). In der Bilanz erscheint zusammengezogen in einem Posten das Kapitalwert in Bernburg, die Sodafabriken und Salinen in Bernburg, Wühlten, Grottau-Salinen, Saarlautern, Rheinberg, die Braunkohlengruben und Fabriken in Osmernburg, Schachtanlage in Borth, Konzentrationsanlagen und sonstige Immobilien mit 56,38 Mill. Mk. (55,75 Mill. Mk.) und die Warenbestände mit 6,33 Mill. Mk. (6,95 Mill. Mk.). Der Bestand in Bar, Wechseln, Effekten und Wertpapieren betrug 11,76 Mill. Mk. (12,23 Mill. Mk.), das Bankguthaben stieg auf 8,11 Mill. Mk. (1,17 Mill. Mk.), Debitoren schuldeten 4,80 Mill. Mk. (3,33 Mill. Mk.), während die Kreditoren auf 5,71 Mill. Mk. (11,21 Mill. Mk.) zurückgingen. Das steht im Zusammenhang mit der Neuaufnahme der Obligationensschuld von 20 Mill. Mk., von der ein Viertel 10 Mill. Mk. begeben sind. Die Reserven konnten weiter auf den ansehnlichen Betrag von 23,64 Mill. Mk. (20,57 Mill. Mk.) gebracht werden bei unbedeutend 40 Mill. Mk. Aktienkapital. Die Zinshaber der Obligationen haben ein Anrecht darauf. Einblick in den Vermögensstand des Unternehmens zu erhalten. Es ist daher zu wünschen, daß die Deutschen Solowwerke sich künftighin zur Veröffentlichung eines ausführlichen Geschäftsberichts entschließen.“ — Fällt den Monopolisten mit den chemischen Nebenprodukten gar nicht ein! Die „Vorgehensweise“ ihrer auch so bescheidenen Arbeiter könnte ja sonst gewendet werden.

### Der Einfluß der Säurekapitalisten im italienischen Herrenhause.

Die internationale Konferenz für Arbeiterschutz, die im September 1906 in Bonn tagte, hat sich bekanntlich für das Verbot der Verarbeitung des weißen Phosphors ausgesprochen. Damals hat sich auch die italienische Regierung verpflichtet, diesem Verbot beizutreten, und in der Tat ist der betreffende Gesetzentwurf in der italienischen Kammer ratifiziert worden. Der italienische Senat treibt aber in dieser Frage geradezu Opposition, und die Ratifizierung, die bis zum 31. Dezember 1908 erfolgt sein sollte, steht heute noch aus, zum größten Schaden des internationalen Arbeiterschutzes, da der Wortbruch Italiens auch die andern Mächte ihrer Verpflichtung entbindet. Man kann sich das Verhalten des Senats nur damit erklären, daß man industrielle Interessen voraussetzt, die hinter den Kulissen wirken. Ihr Wortführer — in gutem oder bösem Glauben — ist der Senator Professor Grassi. Dieser hat sich in den Kopf gesetzt, daß der weiße Phosphor nicht schädlich sei. Als Beweis führt er eine Statistik an, nach der in Italien im Laufe von 80 Jahren nur 200 Fälle von Phosphorvergiftung vorgekommen wären. Als ob Italien derartige Statistiken hätte, die auf einen Zeitraum von 80 Jahren zurückgingen! Einen weiteren Beweis sieht Grassi darin, daß Frankreich in seinen Kolonien die Verarbeitung des weißen Phosphors beibehält, was aber gar nicht mehr zutrifft, nachdem Frankreich jetzt (vergleiche letzte Nummer des „Proletariats“) das Verbot auch auf seine Kolonien ausgedehnt hat! Am 14. d. M. hat Grassi wieder im Senat gegen die Ratifizierung gesprochen und richtig wieder eine Vertagung erlangt. Natürlich steht der Senator in dem Verbot des weißen Phosphors eine Schädigung der „nationalen Industrie“. Das langjährige Erfahrung die größere Schädlichkeit des weißen Phosphors beweisen und eben dadurch das internationale Vorgehen propagiert hat, läßt der Senator gar nicht zu beachten. Ehe sich die italienischen Kollegen nicht größeren Einfluß im Staate erworben haben, wird es wohl auch nicht besser werden!

### Die „stillen Reserven“ des chemischen Kapitals.

In der Generalversammlung vom 19. Mai d. J. der chemischen Fabrik Griesheim-Elektron, Frankfurt a. M., in der 1347 Aktien vertreten waren, wurde von Seiten eines Aktionärs der Antrag gestellt, statt der vorgeschlagenen Dividende von 14 Prozent, wie im Vorjahre, diesmal 15 Prozent zu verteilen, und zu diesem Zwecke statt der Zuweisung von 200 000 Mk. zur Gewinnreserve 140 000

Mk. als weiteres 1 Prozent zu verwenden und 60 000 Mk. dem Gewinnvortrag zuzuschlagen. Zur Begründung führte der Antragsteller aus, daß bei Zusammenfassung sämtlicher Reserven und des Vortrags die sichbaren Rückstellungen etwa zehn Millionen oder 72 Prozent des Aktienkapitals erreicht hätten, während z. B. die höchsten Farbwerke über 60 Prozent Reserve verfügten. Da der Zweck der ordentlichen Reserve in der Deckung einer allenfallsigen Unterbilanz und der Gewinnreserve nur zur Verteilung einer Dividende von 1 bis 4 Prozent liege, so sei eine weitere Dotierung unnötig. Wenn auch die nunmehrige Dividende von 14 Prozent auf den ersten Blick recht günstig erscheine, so sei darauf hinzuweisen, daß der heutige Kursstand eine Verzinsung von nur 4,48 Prozent bedeute. Demgegenüber führte der Vorliegende, Herr Geh. Kommerzienrat Andreae, aus, daß für die Verwaltung nicht der Kursstand, sondern eine möglichst große Stabilität der Dividende maßgebend sein müsse. Die Reserven gingen durchaus nicht über jenes Maß hinaus, das gerade in der chemischen Industrie nötig sei, nachdem fast jedes Vierteljahr neue bedeutende Umwälzungen brähe, die oft mit einem Schlage Maschinen im Werte von Hunderttausenden wertlos machten. Auch sei man in einer schwierigen Lage gegenüber der Konkurrenz, die naturgemäß nicht gern sehe, daß Griesheim-Elektron sich neue Fabrikationszweige aneignere. Die inneren Reserven seien zwar gut, indes wiederholte sich jedes Jahr die Sorge, ob die alte Dividende aufrecht erhalten werden könne. Wenn man stets den ganzen Gewinn ausschütten würde, so würde dies nur einen unfolgenden Anreiz zur Spekulation bieten. Es seien nämlich die Aktien nicht mehr zum größten Teil in festen Händen, sondern es sei ein recht erheblicher Teil ins Publikum gegangen, namentlich nach Berlin. Wie der Vorliegende weiter ausführte, ist beabsichtigt, die Gewinnreserve auf 10 Prozent des Aktienkapitals (also von bisher 900 000 Mk. auf 1,40 Mill. Mk.) zu bringen, um so im Falle der Not für zwei unangünstige Jahre eine Dividende von 5 Prozent verteilen zu können. Auf weitere Anfragen wurde noch mitgeteilt, daß der von dem Unternehmen hergestellte Ertrag für Aluminium noch nicht auf den Markt gebracht sei. Das Fabrikat sei als ausläßlich zu bezeichnen. Von den 429 206 Mk. Tantiemen entfielen, wie noch berichtet wurde, statutenmäßig 6 Prozent auf den Aufsichtsrat, während 80 000 Mk. Gratifikationen an nicht tantiemberechtigte Herren verteilt würden und der Rest auf die Direktion entfiel.

Diese Verhandlung gab einen guten Einblick in die Politik der stillen Kapitalanhäufung, welche unsere chemischen Millionäre betreiben. Sie müssen für ihre „Notfälle“ sorgen, damit immer Dividende bereit steht! Die Not ihrer Proletarier rührt sie nicht, wenn diese sich nicht rühren!

### Sprengstoffgesch und Unternehmerleidtun.

Wegen Vergehens gegen das Gesetz über den Verkehr mit Sprengstoffen hatten sich die bisher unbestraften Steinbrüche Ernst Mag Weichold, Wenzel Manlik und Bruno Theodor Galdner zu verantworten. Alle drei arbeiteten Anfang dieses Jahres in einem Kalksteinbruch in Grumbach bei Wilsdruff. Anfang einer jeden Woche erhielten sie vom Schiefermeister je ein Paket Dynamitpatronen (37—38 Stück) zum Sprengen des Gesteins. Dynamit hat die Eigenschaft, daß es sich nur in weichem Zustande entzündet. Im Winter sind nun diese Patronen meist gefroren und steinhart. Zum Erwärmen und Auftauen der Patronen muß eigentlich ein Wassergefäß mit Spiritus- oder Petroleumbrenner in jedem Steinbruch vorhanden sein. Es war auf dem in Frage stehenden Platze weder die Vorrichtung zum Auftauen der Patronen vorhanden, noch hing die Polizeivorschriften aus. Die Arbeiter sollten die Patronen in den Spalten des Auftauens aufhängen. (1) Sie hatten Afford und wollten etwas verdienen, das Auftauen in der Tasche dauerte zu lange und so kamen sie auf die Idee, die Patronen in der Frühstücksstube auf dem Ofen zu erwärmen. Am 4. Februar hatten sie wieder gefrorene Patronen. Bei der Frühstückspause legten W. und M. ihre Patronen auf den Ofen, wo das Feuer fast erlosch war. In dem Hausgenossen wohnte Galdner mit seiner Familie über der Frühstücksstube. Frau G. wollte für die Leute den Kaffee wärmen und legte eine Schaufel Kohlen an, ohne die Patronen zu bemerken, während die Frühstücker nichts von Frau G. bemerkten. Nach ungefähr zehn Minuten erfolgte eine heftige Explosion, bei der außer den drei Angestellten und noch einem Arbeiter auch Frau G. und zwei ihrer Kinder verletzt wurden. Durch die Gewalt der Explosion war die Decke nach G.s Wohnung durchgeschlagen worden und hatte so die Kinder mit verlegt. Glücklicherweise waren alle Verwundungen nicht sehr schlimm, nur W. war sechs Wochen arbeitsunfähig. Nach dem Unglück wurden vom Steinbruchbesitzer sofort die Polizeivorschriften und Verhaltensmaßregeln ausgehängt. Der Richter sagte zum Angeklagten W.: „Hätten Sie doch die Unterlassungen des Arbeitgebers angezeigt.“ Darauf erwiderte W.: „Da wären wir entlassen worden, und niemand hätte was gegeben.“ Die Verurteilung erfolgte wegen fahrlässiger Körperverletzung, Uebertretung des Sprengstoffgesetzes und der Polizeibestimmungen, und zwar erhielt W. zwei Monate Gefängnis, M. zwei Monate Gefängnis und 40 Mk. Geldstrafe und G. 25 Mk. Geldstrafe. — Wären die Angeklagten nach dem Sprengstoff- oder Dynamitgesetz von 1884 verurteilt worden, hätte die Mindeststrafe drei Monate Gefängnis betragen müssen.

### Opfer der Arbeit.

Ein furchtlicher Unglücksfall ereignete sich am 9. Juni, nachmittags gegen 3 1/2 Uhr, im Betriebe der Thüringischen Delfabrik, Abteilung Raffinerie. Dort waren Arbeiter vom Kobersberger Eisenwerk mit der Aufstellung von neuen Deltank best beschäftigt, die über andern dort schon in Betrieb genommenen errichtet werden sollten. Ein junger Mann von 18 Jahren namens Krauß bekam bei der oben aufgestellten Feldschmiede das Uebergewicht. Er griff zur Feldschmiede, um sich zu halten; diese gab nach und stürzte mit dem jungen Mann hinunter in das Oelbassin, in dem sich bis zu 85 Grad erhitztes Oel befand. Dem Unglücklichen wurde durch die auf ihn fallende Feldschmiede außerdem der Kopf gespalten. Der Tod muß sofort eingetreten sein. Die Leiche war vollständig weiß gefloht.

Ein zweiter, der Arbeiter Matting, wurde durch den Fallenden mit in das liegende Oel hineingerissen. Auf seine gelenden Hilferufe herbeieilenden Arbeitern gelang es, den sich an ein überspanntes Seil klammernden herauszuholen. Bis über die Brust total verbrüht, wurde der Schwerverletzte zum Krankenhaus gebracht.

An Vorsichtsmaßnahmen hat es nach Ansicht aller Arbeiter in jeder Beziehung gemangelt. Bei dem Hasten und Würgen nicht einmal daran zu denken, die mit liegendem Oel gefüllten Behälter abzudecken, ist doch einfach unverständlich, um so mehr, als vor ca. 7 Jahren in einem andern Betriebe sich ein ähnlicher Unglücksfall ereignet hat und deshalb zur Vorsichtsmahne mußte.

Ein andrer, ebenfalls tödlicher Unglücksfall ereignete sich am nächsten Tage bei der Firma Noblee u. Thöl. In der Nacht, gegen 1 Uhr nachts, floz aus einer Presse die obere Platte heraus und traf den Kollegen Krauch an die Stirn. Dieser fiel ca. anderthalb Meter hoch von der Presse herab und zog sich eine Gehirnerschütterung zu. Er wurde sofort ins Krankenhaus gebracht, wo er am Abend des nächsten Tages verstarb.

Der Betrieb der Firma Noblee u. Thöl ist einer der reichhaltigsten am Orte in Bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen. In sämtlichen großen Betriebsbetrieben wurde aus Gesundheitsgründen der Arbeitsdiensttag für Pressleute und sonstige Betriebsarbeiter eingeführt, bei Noblee und Thöl muß die schwere und aus

mergelnde Pressenarbeit 12 Stunden gelistet werden. Wegen der Organisation der Arbeiter geht die Firma rücksichtslos vor. Die Arbeiter dieser Firma sollten endlich ihre Furcht und Gleichgültigkeit ablegen und der Firma zeigen, daß sie Menschen sind, die ein Recht auf angemessenen Lohn und Schutz ihrer Gesundheit und ihres Lebens haben.

### Noch eine Pulverfabrik in die Luft geflogen.

Donnerstag abend gegen 7 Uhr ist die Zundermühle, eine Pulverfabrik bei Körtzen (Kreis Wipperfurth), infolge einer Explosion in die Luft geflogen. Dabei wurde der Arbeiter Karl Nahr nachher glücklich verkrümelt unter den Trümmern hervorgezogen. Der Arbeiter Ernst Burgmer sprang durch eine Hintertür in den vorbeifahrenden Pulvergraben. Er erlitt schwere Brandwunden und wurde sofort nach dem Krankenhaus in Berg-Glabach gebracht. Die Entstellungslücke wird darin gesehen, daß eine Maschinenachse in Brand gelaufen sei und die Explosion herbeigeführt habe. Das ganze Gebäude brannte bis auf den Grund nieder.

### Witterfeld. Auf dem chemischen Griesheim-Elektron Werk I brach infolge Phosphorexplosion ein Feuer aus, wobei mehrere Arbeiter Brandwunden erlitten.

Bereits vor 9 Wochen verbrannte sich ein Arbeiter durch W-plagen eines Schlauches die rechte Hand. Der Heilungsprozess solcher Brandwunden verläuft sehr langsam. Dem Betroffenen hat die flüssige Phosphormasse tiefes Leid in die Haut gefressen. Schuld an dem letztgenannten Unfall ist die nicht rechtzeitig erfolgte Erneuerung der Ringe, welche den Schlauch festhalten. In der Abteilung für roten und weißen Phosphor wird pro Jahr 1/2 Million Mark Reingewinn erzielt. Es wäre leicht möglich, genügende Erlagteile zur Verfügung zu stellen. Trotz dieser Reingewinne wird die Sparerei bis zum äußersten betrieben. Die Arbeitszeit ist für diese gesundheitsgefährliche Arbeit so lang, nämlich 10 Stunden pro Tag; dazu kommt, daß die Arbeit in Afford ausgeführt wird. Wann werden die Arbeiter des Witterfelder Werkes ihre Gesundheit einschätzen lernen? Lange hat es im Hauptwerk Griesheim bei Frankfurt gedauert, aber endlich haben die dortigen Arbeiter einsehen gelernt, daß müderische Arbeitszeit, schlechte Behandlung und dito Löhne nur durch eine gute Organisation befristet werden können. Auch den Witterfelder chemischen Proletariaten rufen wir zu: Vernehmt den Werksrat! Schließt euch an, aus Leib und Dual euch zu erheben —.

### Kassel. In der Säurefabrik von Otto Miram ersuchte ein Arbeiter, der früher in Afford, dann in Tagelohn arbeitete, um Zulage mit der Begründung, daß er daselbst ein Quantum in Lohn machen müsse, welches er früher in Afford gefertigt hätte, dadurch wäre er ganz erheblich am Lohn geschädigt. Der Betriebsleiter antwortete: „Wenn es Ihnen nicht paßt, können Sie gehen; aber hauptsächlich es eine Schande, daß 2 Stundenlohn von 39 und 40 Pfennig bezahlt werden.“ Nun muß man aber bedenken, daß in dem Betriebe nur fünf Tage gearbeitet wird. Ferner erhalten einen derartigen Stundenlohn nur die Betriebschloffer. Als Anfangslohn erhalten erwachsene Arbeiter 25 Pf. pro Stunde, also noch nicht einmal den ortsüblichen Tagelohn. Wenn die Firma für diesen Hungerlohn noch Leute bekommt, so hat sie es lediglich in besonderen Umständen, z. B. der Bauarbeiterausperrung, zu danken. Naturgemäß geht es denn auch in diesem Betriebe wie in einem Taubenstich zu. Hauptsächlich sucht man durch jugendliche Arbeiterkräfte die älteren zu ersetzen. Die Organisation kann infolgedessen nur sehr schwer Fuß fassen. Offenlich wird es jetzt, wo sich überall Besserung bemerkbar macht — in der Säureindustrie allerdings erst sehr wenig —, der Organisation leichter, die Kollegen und Kolleginnen zu gewinnen. Dann wird der Herr Betriebsleiter die „Schande“ eines Stundenlohns von 39—40 Pf. deshalb weniger erleben, weil er dann bald mehr bezahlen muß.

### Ludwigshafen. Weitere Mißstände aus der Faorb Gullini in Mundenheim: Kürzlich wurden zwei Arbeiter im Bade durch ausströmende Kohlenäure betäubt. Jedenfalls war ein Pahn am Druck nicht genügend geschloffen, so daß die Kohlenäure vom Druck in die Wasserleitungsrohre entweichen konnte. Die Speiseräume entsprechen nicht den an sie gestellten Anforderungen. 95—100 Hofarbeiter müssen in einem allzu kleinen Raum sich umkleiden und ihre Speisen zu sich nehmen. Auf je 2 Arbeiter kommt 1 Kleiderkasten, trotzdem können circa 10 Arbeiter ihre Kleider nicht aufhängen. Ebenso ist der Speiseraum für die Arbeiter am Salzbau, Ring-, Kachel- und Gießhofen viel zu klein. Circa 50 Arbeiter sollen sich in dem Raum umkleiden und essen. Die Kleider hängen zum Teil über den Tischen, so daß, wenn ein Arbeiter seine Kleider abnimmt, dem am Tisch Sitzenden der Dreck von den Arbeitskleidern ins Essen fällt. In dem oben erwähnten Speiseraum ist es ähnlich so. Die Reinigung läßt viel zu wünschen übrig: 8—10 Tage bleibt der Dreck im Speiseraum liegen. Und das bietet eine Firma den Arbeitern, die in der Arbeitsordnung stehen hat: „Den Ort, wo die Arbeiter innerhalb der Fabrik ihre Speisen genießen dürfen, bestimmt der Fabrikleiter.“ Fenster und Türen können im kleinen Speiseraum nicht geöffnet werden. Bei offenem Fenster ziehen die stinkenden Dämpfe vom Droschen, bei offener Türe die Aluminiumdämpfe vom Kachelofen ein. Für die Arbeiter am Gießhofen wird täglich 3—4 mal frisches Trinkwasser beordert; bei der Hitze ist Hitzereuerung nötig. Als Wasserbehälter dienen Steintrüge, die ohne Deckel auf dem Fußboden stehen. Sehr appetitlich! Die Hofarbeiter bekommen für event. Ueberarbeit keine Prozente ausbezahlt. Nach der Arbeitsordnung sind die Arbeiter verpflichtet, Ueberstunden zu machen, die Besserbezahlung wird den Arbeitern aber vorenthalten. Ausgetretene Arbeiter bekommen ihren verdienten Lohn erst am Mittwoch der nächsten Woche ausbezahlt, wenn sie nicht gerade am Sonntag aufhören. Wegen dieser Schädigung der Arbeiter muß einmal klarbar vorgegangen werden, dann wird der darauf bezügliche Paragraph in der Arbeitsordnung jedenfalls geändert werden müssen.

### Offenbach. In der Zelluloidwarenfabrik von Schreiner u. Schwere, Offenbach, ist ein jugendlicher Arbeiter, welcher zu Diersen die Schule verlassen hat, verunglückt. Beide Arme wurden von der Transmission erfaßt, mehrmals gebrochen und zerdrückt. Die Ärzte glauben den Unglücklichen wieder herzustellen zu können.

### Radent. Arbeiterrisiko. In der chemischen Fabrik v. Heyden zerbrach beim Transport auf dem Hofe ein Ballon mit harter Salpetersäure und lief aus. Um sich vor den entweichenden Dämpfen zu schützen, ließ einer der dabei beschäftigten Arbeiter, anstatt im Freien zu bleiben, in einen daneben befindlichen Schuppen, wo sich die Dämpfe anstammelten. Er wurde zwar nach kurzer Zeit herausgeholt, hatte aber während dieser Zeit bereits so viel Salpeterdämpfe eingeatmet, daß er trotz sofortiger ärztlicher Hilfe und Gegenmaßnahmen, wie Sauerstoffeinatmung usw., am Abend im Krankenhaus, wohin man ihn gebracht hatte, starb.

Dieser Fall zeigt recht deutlich, wie schnell und gefährlich mit dem Leben chemischer Arbeiter Klaven ungesprungen wird. Durch eine Verletzung istens der Arme über die Wirkung nitroser Gase war dieser Unglücksfall sicher vermieden worden.

## Aus der Papierindustrie.

### Die Geschäftslage der Papierfabriken.

Ueber den gegenwärtigen Stand und die Aussichten der deutschen Papierfabrikation entnehmen wir dem Handeltageblatt des „Berliner Tageblatts“ folgende Ausführungen: „Die Verwendung und der Verbrauch von Papier wachsen, wenn auch nicht ohne Unterbrechung, mit den Fortschritten der Kultur, und zwar nicht nur, um die geistigen Bedürfnisse der Bevölkerung

— durch Bücher und Zeitungen usw. — zu befriedigen, sondern auch die Arbeitslosen. Früher — und das ist noch nicht so lange her — begnügten sich die Käufer damit, daß die Waren, die sie gekauft hatten, in Zeitungspapier eingepackt wurden; heute verlangt ein jeder die Verwendung eines guten Packpapiers. Das die Arbeiter lediglich auf die fortschreitende Ausbreitung der Arbeit — wenn man so sagen darf — zurückzuführen ist, erhellt daraus, daß im Osten unserer Monarchie aber den Absatz solcher Papiere, die im Detailverkauf zum Einpacken verwendet werden, wie zum Beispiel imitierte Pergamentpapiere, stark gelagert wird.

Die Papierindustrie ist nun aber nicht nur von der Kultur, sondern in ebenso starkem Maße von der Konjunktur abhängig, wenn sich auch die Einwirkungen der allgemeinen Konjunktur bei ihr erst 1/2 bis 3/4 Jahr später bemerkbar zu machen pflegen als in vielen übrigen Gewerben. Und zwar spielt nicht nur die Konjunktur im Heimatlande, sondern auch die Weltkonjunktur eine Rolle, da die deutsche Papierindustrie in hohem Grade auf den Export angewiesen ist. Der Export hat nun zurzeit mehr zu leiden unter der Konjunktur der Länder, nach denen wir vornehmlich Papier ausführen. Da sind zum Beispiel die Vereinigten Staaten von Amerika, eines der Hauptabgabebiete der deutschen Papierindustrie, die im Vorjahr ihre Rolle speziell für einzelne Papierartikel stark erhöht haben. Allerdings sind die Hölle schon seit dem Mac-Simlen-Zerfall für die meisten Papierarten so hoch gewesen, daß ein Export nur in hochklassiger Ware möglich war; aber die Amerikaner wollten auch diese hochklassige Ware verhindern, und zwar nicht durch Festsetzung gleichwertiger Produkte, die ihnen vorläufig kaum gelingen dürfte, sondern mit Hilfe der Hölle. Diesen Vorstreben der Amerikaner hat — wenigstens vorübergehend — der Ausstand, der vor einiger Zeit in den Weststaaten des amerikanischen Papiermarktes, der International Paper Co., ausgetrieben ist, einen Stich durch die Rechnung gemacht. Infolgedessen haben sich die amerikanischen Papierkonzerne, insbesondere die großen Zeitungsbetriebe der Weltmarkten, von Europa Papier zu erheblichen höheren als den Weltmarktpreisen zu beziehen.

Auch in Frankreich ist die deutsche Papierindustrie bei der am 1. April in Kraft getretenen Zollrevision nicht allzugut weggekommen. Nicht sowohl große Zollhöchungen sind es, die den deutschen Papierexport nach Frankreich erschweren, als vielmehr Schikanen und Hypertarifierungen.

Der kürzlich ratifizierte Handelsvertrag mit Portugal bringt Zollhöchungen für den deutschen Papierexport; von dem neuen schwebenden Zolltarif, der am 1. Dezember 1911 in Kraft treten soll, wird gleiches befristet.

Selbst in den Ländern, die bisher von der deutschen Papierindustrie mehr oder weniger abhängig waren, drohen dieser jetzt Schwierigkeiten. So hat Südamerika bisher zum größten Teil kein Papier bzw. keine Papierwaren aus Deutschland bezogen. Seit einiger Zeit aber jährt sich Nordamerika seine Arme dahin aus, und immer kommt in Betracht, daß eine eigene Papierindustrie in Südamerika — speziell in Brasilien — in der Entwicklung begriffen ist, der man gute Vorbedingungen (reichliches Vorhandensein von Material und Arbeitskräften) nicht absprechen kann.

Als das — Zollhöchungen und Einfuhr eigener Industrien in fremden Ländern — sind Momente, die die Lage der deutschen Papierindustrie ungünstig gestalten können. Trifft dann noch eine allgemeine gewerbliche Depression hinzu, so hat die deutsche Papierindustrie schwer um ihre Existenz zu ringen. So war es 1908 auch der Höhe des Jahres 1907, und so war es sogar noch 1909. Auch im vorigen Jahre hat sich die Papierindustrie noch nicht von dem Rückschlag des Jahres 1908 erholen können, ja ihre Lage hat sich teilweise noch verschlechtert. Die Besserung der allgemeinen Konjunktur begann sich in der deutschen Papierindustrie vielmehr erst zu Anfang des laufenden Jahres fühlbar zu machen.

Was dieser Besserung der Verhältnisse glauben doch die einzelnen Zweige der Papierindustrie fast alle noch über unzureichende Preise klagen zu müssen.

Das zunächst das „Halbes der Papierindustrie“ andelaugt, so ist zu konstatieren, daß die Produktion von Holzschliff unter dem Einfluss der über entzweiten Wasserzettel in der letzten Zeit ins Stoden und die Holzpreise infolgedessen in dieser Hinsicht zurückgegangen sind. Das gleiche gilt von Zellstoff; die Vorräte in diesem Artikel haben sich in den letzten Wochen fast gelichtet, so daß auch die Preise eine kleine Besserung erfahren haben. Zusammenfassend, da auf die Dauer die Produktion des einheimischen Konsum überfordert, die großen Fabriken noch weiter geneigt, den Export zu forcieren, was nur auf Kosten der Preise geschehen kann, da auf den ausländischen Märkten mit der Konkurrenz Österreichs und Stands nicht mehr so wie unter Umständen Argentinens und neuerdings auch Kanadas zu rechnen ist.

In der Papierindustrie, insbesondere unter solchen Pappensituationen, die sich und Lebenslagen herstellen, tobt zurzeit ein Kampf, der in die Kapitalverhältnisse der einzelnen Fabriken große Auswirkungen herbeiführt. Hier die Herstellung dieser beiden Gegenstände sind in den letzten Jahren mehrere neue Fabriken entstanden, die aber nicht mehr die alten „Gaußpreisen“ aufstellen, sondern neue Konsumgüter von stetigen Dimensionen. Die auf diesen Märkten hergestellten Pappensituationen sind immer mehr ein, da der Käufer bei einem Bezug von diesen Pappensituationen selbst bei einem etwas höheren Preise noch immer besser wegkommt; denn von den auf dem amerikanischen hergestellten Pappensituationen gehen bei gleicher Qualität mehr Güter an den Käufer als von den auf früheren An hergestellten Pappensituationen. In diesem Zusammenhang können also, wie erwähnt, nur noch die Fabriken zu erkennen, die die Geldmittel haben, um die neuen Maschinen anzuschaffen. Die Beschäftigung in der Papierindustrie ist in allgemeinen nicht gut, auch sind noch große Lager vorhanden; die Preise haben sich zwar etwas gehoben, doch haben sie sich nicht so sehr als nicht besonders günstig bezeichnet werden, speziell bei den Holz- und Holzschliffpreisen.

Die Beschäftigung der Holzschliffindustrie ist gut, speziell was die Holzschliffpreise andelaugt, doch sind die Preise teilweise unter dem Einfluß der Holzpreise von 1909 gefallen. Die Holzschliffpreise der Holzschliffindustrie sind im allgemeinen noch höher, als es dem heutigen Stande entspricht. Wenn der Holzschliff aber in gleichem Maße weiter ansteigt, so ist es zu erwarten, daß die Holzschliffpreise auch in Zukunft noch weiter ansteigen werden. Die Holzschliffpreise sind im allgemeinen noch höher, als es dem heutigen Stande entspricht. Wenn der Holzschliff aber in gleichem Maße weiter ansteigt, so ist es zu erwarten, daß die Holzschliffpreise auch in Zukunft noch weiter ansteigen werden.

Auch die Beschäftigung der Holzschliffindustrie ist gut, speziell was die Holzschliffpreise andelaugt, doch sind die Preise teilweise unter dem Einfluß der Holzpreise von 1909 gefallen. Die Holzschliffpreise der Holzschliffindustrie sind im allgemeinen noch höher, als es dem heutigen Stande entspricht. Wenn der Holzschliff aber in gleichem Maße weiter ansteigt, so ist es zu erwarten, daß die Holzschliffpreise auch in Zukunft noch weiter ansteigen werden. Die Holzschliffpreise sind im allgemeinen noch höher, als es dem heutigen Stande entspricht. Wenn der Holzschliff aber in gleichem Maße weiter ansteigt, so ist es zu erwarten, daß die Holzschliffpreise auch in Zukunft noch weiter ansteigen werden.

Die Beschäftigung der Holzschliffindustrie ist gut, speziell was die Holzschliffpreise andelaugt, doch sind die Preise teilweise unter dem Einfluß der Holzpreise von 1909 gefallen. Die Holzschliffpreise der Holzschliffindustrie sind im allgemeinen noch höher, als es dem heutigen Stande entspricht. Wenn der Holzschliff aber in gleichem Maße weiter ansteigt, so ist es zu erwarten, daß die Holzschliffpreise auch in Zukunft noch weiter ansteigen werden. Die Holzschliffpreise sind im allgemeinen noch höher, als es dem heutigen Stande entspricht. Wenn der Holzschliff aber in gleichem Maße weiter ansteigt, so ist es zu erwarten, daß die Holzschliffpreise auch in Zukunft noch weiter ansteigen werden.

größeren Erfolgen, die sich auf die Beschäftigung von Spezialitäten erstrecken.

Die Beschäftigung der Papierindustrie ist, wie wir zusammenfassend feststellen dürfen, im allgemeinen befriedigend. Es ist anzunehmen, daß die Beschäftigung trotz der herannahenden Winterzeit kaum nachlassen und im August mit erneuter Kraft wieder einziehen wird, so daß selbst bei gleichem Preis der Papierindustrie ein einigermaßen gutes Jahr prognostiziert werden kann.

Wir haben schon seit einigen Monaten an dieser Stelle derselben Auffassung Ausdruck gegeben, wie die obigen Ausführungen. Wir betonen aber immer und betonen es heute wiederum: Die Arbeiter der Papierindustrie müssen sich jetzt anstrengen, wenn sie nicht wiederum leer ausgehen wollen. Die Zeit ist günstig und wird voraussichtlich noch besser, da gilt es eifrig arbeiten am Ausbau des Verbandes, damit wir zu gegebener Zeit unser Anteil an der besseren Konjunktur forderbar können. Das kommende Jahr muß auch für die Arbeiter „ein einigermaßen gutes Jahr“ werden.

— Wilhelmstal. In der Nr. 16 des „Proletarier“ haben wir die idyllischen Zustände geschildert, die in der Papierfabrik von Julius César in Wilhelmstal bei Krebsbude herrschen. Gelesen hat diese Kritik insofern, daß nunmehr wenigstens die Schlässe einigermaßen weite geöffnet wurden. Die Wände wurden gemischt, die Bestände erhielten frisches Stroh und seine Wäsche, auch geschneit wird seitdem jede Woche. Das ist aber auch alles, und es bleibt abzuwarten, wie lange der Erieb zur Reinlichkeit anhalten wird. Daß unter Kritik der Nachhaber der Fabrik arg verhandelt hat, beweist das Suchen nach dem Verbrecher, der es gewagt hat, der Kasse die Schelle umzuhängen. Zunächst wurde der Kollege Krause entlassen und man glaubte dadurch die Organisation vernichtet zu haben. Die Freude dauerte aber nicht lange, denn bereits am 5. Juni fand eine neue Versammlung statt, welche wiederum ein Opfer liefen sollte. Als der Kollege Koch am Abend mit dem Gaußleiter nach dem Bahnhof ging, fanden sie im Wartesaal einen Meister aus der Papierfabrik sitzen. Die Folge des Zusammenstehens war denn auch am Montag früh die sofortige Entlassung des Kollegen Koch, sowie dessen Ausweisung aus dem Dorado Wilhelmstal. Da er in der Kammer wohnte, so wurde von Herrn César angeordnet, daß er diese sofort zu verlassen habe; andre Wohnung ist dort nicht zu haben, also mußte unser Kollege den Stab Wilhelmstals von den Pantoffeln schießen und seiner Straße ziehen.

Wenn Herr César und seine Trabanten glauben, daß sie nunmehr den „Mächtigen“ gefaßt haben und die Organisation ganz tot ist, so werden sie bald zu dem Erkenntnis kommen, daß dies wieder eine arge Täuschung ist. Der Verband hat dort bereits derartig Wurzeln gefaßt, daß an eine Ausrottung derselben nicht zu denken ist; nur noch vorzichtigere werden wir in Zukunft sein, bis wir derartig erstickt sind, daß wir frei und offen von Herrn César hindertreten können. An den Arbeitern aber liegt es, durch ihren Eintritt in den Verband dafür Sorge zu tragen, daß dieser Zeitpunkt recht bald eintritt und wir dadurch in die Lage versetzt werden, auch in Wilhelmstal menschenwürdige Zustände zu schaffen.

## Aus der Zement- und Ziegelindustrie.

— Mähung, Zieglerkollegen. Den Kollegen, die in der Fremde beschäftigt sind und der Zahlstelle ihrer Heimat angehören, wird in Erinnerung gebracht, daß die Beiträge für das 2. Quartal (April, Mai, Juni) nun entrichtet werden müssen. Soweit dies noch nicht geschehen ist, muß Beitrag und Mitgliedsbuch oder Mitgliedskarte an den Kassierer eingekandt werden. Einzelmittglieder senden an den Hauptvorstand: August Brey, Hannover, Mühlstraße 5, 3. Etage.

### Das Wohlwollen der Ziegelbesitzer.

Die Förderung und Aufrechterhaltung gedeihlicher Verhältnisse zwischen Arbeiter und Unternehmer ist bekanntlich die Hauptaufgabe der Zieglervereine. So wird wenigstens von den Zieglerbesitzern und ihren Funktionären behauptet, und einige können es sogar schwören auf weiß geigen. Gedeihliche Verhältnisse können doch aber nicht bestehen, wenn beide Kontrahenten, Arbeiter und Unternehmer, je nach ihrer Beteiligung an der Arbeit auch an dem Gewinn teilnehmen. Stellt der Unternehmer sein Kapital in den Dienst des Unternehmers, so muß ihm dafür eine entsprechende Vergütung zugesprochen werden. Wenn der Arbeiter oder seine Gewerkschaft, seine Güter und sein Leben einsetzt, so ist das doch ein bedeutend höheres Risiko, das auch dementsprechend höher bewertet werden muß.

Was derartige Verhältnisse wollen aber die Unternehmer nichts wissen; am allerwenigsten die Zieglerbesitzer. Sie betrachten ihren Kammern als das höchste Gut, dem auch der höchste Gewinn zuzurechnen ist; Arbeiterleben und Arbeiterleben sind nach ihrer Ansicht nur geschäftliche, um ihren Gewinn zu spenden. Diese Auffassung des Arbeiters einzuschleichen, nennen sie die Förderung gedeihlicher Verhältnisse. Die Zieglerbesitzer der Zieglerbesitzer gehen allerdings dabei vorzugehen, so der Zieglerbesitzer aber vornehmlich mehr und mehr. Das zeigt sich besonders jetzt bei der anstehenden Geschäftslage in der Ziegelindustrie. Als im Jahre 1907 die Bautätigkeit etwas schwächer wurde, waren die Herren Zieglerbesitzer sofort bereit, die Löhne zu kürzen, bevor noch von einem Preisrückgang der Ziegel die Rede sein konnte. Die Arbeiter mußten die Lohnkürzung ruhig hinnehmen, da sie, auf das Wohlwollen der Zieglerbesitzer vertrauend, ihre Organisationspflichten vernachlässigt hatten.

Seit Beginn des Jahres 1909 sind nun die Ziegelpreise ständig im Steigen begriffen, so daß wenn das Gefühl von dem „Wohlwollen“ der Zieglerbesitzer auch nur einen Schein von Berechtigung hätte, auch der Arbeiter hätte seinen Lohn erhalten müssen. Davon ist aber nichts zu erwarten. Obwohl die Hochkonjunkturpreise schon längst wieder erreicht sind, werden die Zieglerbesitzer noch mit Kränkelchen abgelehnt. Herr Dr. Heibel, der Geschäftsführer des Verbandes der Zementfabriken, schrieb im Jahre 1908 in der „Zementfabrik-Zeitung“: „Wir würden das, was die Arbeiter wollen, vielfach gern anerkennen, wenn sie damit einverstanden wären, daß sie in den guten Zeiten höhere Löhne bekommen, aber für die schlechten Zeiten sich damit einverstanden erklären, daß die Löhne herabgesetzt werden, damit der Zieglerbesitzer aus der Not herauskommen.“ Die Leserschaft lehnen uns aber, daß die Zieglerbesitzer gar nicht erst fragen, ob die Arbeiter mit der Lohnkürzung einverstanden sind, sondern die Löhne ganz nach Willkür herabsetzen. Die „höheren Löhne“ lassen aber nun auf sich warten. Vielleicht ist Herr Heibel ja göttlich, die Zieglerbesitzer daran zu erinnern, damit nun auch die Zementarbeiter aus der Not kommen.

Bei den Zieglerbesitzern scheint aber jeder Appell an ihr „Arbeiterwohlwollen“ wirkungslos zu sein. So ist die Agitationsleitung der Unruhen im Februar d. J. bei den Zieglerbesitzern von der Unruhe und der Ungelegenheit Gewinns (sicherlich vorzüglich geworden) an Erwägung der Arbeitsfrage, Verbesserung des Lohnes und Ausbesserung der Beschäftigung vergeblich verhandelt. Die Herren halten es aber für unter ihrer Würde, nach dem Bedarf zu fragen. Dafür war denn aber in der „Zementfabrik-Zeitung“ zu lesen, daß der Zementarbeiterverband ein „ausdrücklichem Schreiben“ verlangt habe. Die Zieglerbesitzer haben aber den Wunsch, daß die Arbeiter abwarten müssen, bis man ihnen endlich etwas gewährt. Forderungen zu stellen, verlangt sie als eine Ausmaßung, die ihr im Namen Unternehmertum in Erfüllung bringt. Das hat dem Zieglerbesitzer Schanberg in der „Zementfabrik-Zeitung“ wie folgt zum Ausdruck gebracht: „Die Zieglerbesitzer sind im allgemeinen noch höher, als es dem heutigen Stande entspricht. Wenn der Holzschliff aber in gleichem Maße weiter ansteigt, so ist es zu erwarten, daß die Holzschliffpreise auch in Zukunft noch weiter ansteigen werden.“

Der sozialdemokratische Verband der Zementarbeiter Deutschlands, der vor einigen Jahren in Magdeburg die Ziegelarbeiter in seinen Schutzbereich nahm, hat kürzlich (am 25. Februar d. J.) ein Schreiben an die Ziegelbesitzer in Hamburg geschrieben, in welchem über die „gewaltige Verschlechterung“ der Arbeitsverhältnisse in den Ziegeln an der Unterelbe bitter Klage geführt wird. Die Schließ- und Unternehmerrücknahme sind mit Worten und Taten herbeigeführt, die Meister prallen die Arbeiter (in ihren Lohne) ab. Im Unbetracht der steigenden Tendenz der Ziegelpreise wird das gute Geschäftsganges erwidert wie die Herren Ziegelbesitzer, ihren Meistern die Zahlung nachgehender Lohnbeschlüsse bei gehobener Arbeitszeit zur Pflicht machen zu wollen: „Kreuzer und Handstreicher pro Woche 35 M. um.“ — Sollte der Verband der Zementarbeiter Deutschlands wohl glauben, daß ihm auf solchen Maßnahmen eine Antwort erteilt wird oder daß er die Interessen der Ziegelarbeiter damit sichert? — Wenn nicht, welche Arbeit verfolgt der Verfasser mit diesem Schreiben? — Die Arbeit kann doch nur wohl nur die sein: die Unzufriedenheit unter den Ziegelarbeitern zu schärfen und zu wecken, damit man im geeigneten Moment zum Kampfe aufrufen und die Beiträge gewinnen kann!

Herr Schanberg bezeichnet alle die Abschaffung der Himmelschreibern als „Unfug“. Wozu hat das die Ziegelarbeiter merken. Die geforderten Löhne bewegen sich für männliche Arbeiter zwischen 20 und 35 M. pro Woche bei 12stündiger Arbeitszeit, also Fortberungen, die in manchen anderen Gegenden schon erfüllt sind; selbst in solchen, wo die Ziegelpreise niedriger sind, wie im Hamburger Gebiet. Die „gehobene Arbeitszeit“ hat Herr Schanberg hineingelesen; in der Eingabe war von einer Verlängerung der Arbeitszeit nicht die Rede. Recht viel Unwissenheit verrät der Herr in seinem Schlußsatz: die Eingabe habe nur den Zweck die Unzufriedenheit der Arbeiter zu wecken, um dann die Beiträge zu gewinnen. Von ihm, dem Geschäftsführer einer Unternehmerrorganisation hätten wir nicht mehr Erträge erwartet. Oder sollte er von sich auf andre schließen? Was sein. Dann sollten sich die Ziegelbesitzer schleunigst einen anderen Geschäftsführer wählen. Im übrigen liegt es ja in der Hand der Ziegelbesitzer, die Unzufriedenheit von den Arbeitern fernzuhalten. Sie brauchen ja nur die unterbreiteten Forderungen zu erfüllen. Solange das aber nicht geschieht, brauchen wir die Unzufriedenheit nicht zu wecken, das besorgen schon Herr Schanberg und seine Anhänger. Im allgemeinen ist aus der Äußerung des Herrn Schanberg zu entnehmen, daß auf ein Entgegenkommen bei den Ziegelbesitzern nicht zu rechnen ist. Sie wollen dazu gezwungen sein, und wir werden sie zwingen, früher oder später. Diesmal können sie es noch wagen, die beschiedenen, wohlberechtigten Wünsche der Arbeiter zu ignorieren und zu verhöhnen, weil sich die Mehrzahl der dortigen Arbeiter noch von der Harmonieideologie irreführen ließ. Der Zementverband, mit dem hier die elementarsten Forderungen zum Schutze der Gesundheit und des Lebens der Arbeiter als „Unfug“ bezeichnet werden, ist ein Faustschlag für die sich zum Wohle der Zieglerunternehmer abdrückenden Zieglerarbeiter, der helle Empörung in ihnen wachrufen, und sie auf den Weg der Organisation führen wird. Und dann werden wir mit den Zieglerpropheten ein andres Wort reden können.

### — Aus den Zwickauer Ziegeln.

Eigenartige Verhältnisse bestehen in der Dampfziegelei von Meichenborn, Reichenbacher Straße. Herr Lautenhahn, Zieglermeister daselbst, besitzt eine große Freund- und Verwandtschaft, welche zu einem guten Teil in der Ziegelei beschäftigt ist. Söhne deselben, Schwiegertochter, Schwager usw. haben hier ihre Unterkommen, jedenfalls auch ein ergiebiges Ein- und Auskommen gefunden. Es ist wohl selbstverständlich, daß dieselben jederzeit in der Lage sind, einen moralischen Druck auf die übrige Arbeiterschaft auszuüben. Die nötige Anleihe bei der Arbeit findet Herr Lautenhahn sehr leicht in seinem Anhang, was sehr dazu beiträgt, daß Herr Lautenhahn manchmal gewaltig der Kasse schmilzt. Es ist jünger schon vorgekommen, daß jüngere Arbeiter — wie uns wahrheitsgetreu berichtet wurde — gefaßt worden sind. Es ist in dieser Ziegelei zum Gebrauch geworden, daß Bergarbeiter, welche Rücksicht haben, täglich mehrere Stunden beschäftigt werden. Kein Wunder ist es daher, wenn ein solcher Arbeiter, der durch solches Gebahren keine Kraft und Gesundheit zugrunde richtet, seinem schweren Berufe nicht mehr die nötige Aufmerksamkeit schenken kann und früher oder später eine Katastrophe herbeiführt.

Sollten die Bergarbeiter diesen Lebensverdienst — wodurch übrigens eine andre Arbeitskraft überflüssig gemacht wird — aber wirklich gebrauchen, so steht ihnen ja ein anderer Weg offen, um denselben zu erreichen. Sie müssen sich der Organisation anschließen und mit Hilfe derselben ihren Arbeitsverdienst erhöhen, so daß die Leber- und Nebenarbeit nicht mehr notwendig ist. Damit nun diesen Ansehenskräften genügend Beschäftigung garantiert ist, kümmert sich Herr Lautenhahn nicht um die Bestimmungen der Gewerbeordnungs-Novelle, sondern läßt an den Tagen vor Sonn- und Festtagen länger als 8 Stunden produzieren, wobei die Frauen ihre Arbeit wie alle übrigen Tage verrichten müssen. Hoffentlich nimmt die Gewerbeinspektion von diesen Zeiten Kenntnis und hilft hier im Interesse der Menschlichkeit einen Uebelstand beseitigen. Wäre die übrige Arbeiterschaft, welche nicht zum Verwandtenkreise des Zieglermeisters gehört, organisiert, so würden die Verhältnisse bald gebessert sein.

— Ober-We. Im Auftrage des Hauptvorstandes fanden in der Zeit vom 21. bis 29. Mai 4 Zieglerarbeiterversammlungen statt. In Betracht kamen folgende Ziegler: Zentralraterei, Müller u. Pfeiffer, Eichwerber I und II, Wachowstuf und Polenzwerber. Der Erfolg war minimal. Sehr erschwert wird die Agitation durch die Beschäftigung von zahlreichen polnischen Arbeitern, die in ihrer von Besitzer nicht allzu reichlich bemessenen freien Zeit eher dem Wirtshaus zusprechen, als sich um die Verbesserung ihrer elenden Lage zu kümmern. Die häufig stattfindenden Schlägen, Krüger- und ähnlichen Feste lassen diesen ausgemergelten Proleten schließendlich keine Zeit, über ihre unzureichenden Interessen auch nur einmal nachzudenken. Dingu kommt noch die lange Arbeitszeit von 11—15 Stunden; dafür zahlen dann die Unternehmer aber auch den horrenden Lohn von 25—32 Pf. die Stunde. Die hygienischen Einrichtungen sind mangelhaft. Auf Eichwerber II ist keine Krankenkasse, nicht einmal ein Verbandslatten vorhanden. Eichwerber I ist auf sich ein Paradies. Der Schlafsaal ist dort in puncto „Reinlichkeit“ sicher nicht an erste Stelle zu setzen. Und erst die Betten! Ein verstaubter, fauliger Geruch benimmt jedem Eintretenden den Atem; es müssen schon vollständig abgestumpfte, abgeradete Arbeitsbienen sein, die sich in diesen gesundheitsgefährlichen Höhlen noch wohl fühlen.

Daß der Firma diese Verhältnisse wohl bekannt sind, beweist die Tatsache, daß gleich nach unterm Rundgang die Weijung an die Arbeiter erging, den Fußboden gründlich zu reinigen. Von Wasch- und Reinigungsarbeiten für Arbeiter scheint der Besitzer, Herr Pagel, kein großer Freund zu sein, denn die vorhandenen Käufe und Säuer können als solche nicht bezeichnet werden. Diese Verhältnisse abzumildern, wird noch vieler Aufklärungsarbeit bedürfen; hier muß ein jeder einzelne mit dazu beitragen, daß auch der letzte Mann für unsere Organisation gewonnen wird.

— Wenzberg. Der Arbeiter Schmid im Hamentwert Schlehhorst brüllt und schimpft in der Fabrik, als wenn die ihm unterstellten Arbeiter Knechten oder Sträflinge wären. Keiner kann ihm genug arbeiten, keiner reicht genug laufen. „Ich arbeite in einer Viertelstunde mehr, als ihr den ganzen Tag“, rühmt er. Wenn ihn die Arbeiter auf die Gefahren aufmerksam machen, die durch diese Antrieber im Kaltruch entstehen, entgegnet er höhnisch: „Um eure Pferdebocken ist es doch nicht schade, wenn sie gerichtet werden.“ Die rufen dem Herrn bringend, diese herausfordern zu den Reden zu unterlassen. Wenn Herr Schmid in der Arbeit so tüchtig ist, so soll er es einmal versuchen. Für das viele Geld, das er in diesem Falle verdienen wird, wird er gewiß eine angenehme Verwendung haben! Herr Schmid wird uns wohl verstehen. — Den Arbeitern von Schlehhorst aber rufen wir zu: Greift in die Organisation, dann sind wir in der Lage, uns bessere Verhältnisse zu schaffen!